©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

GERHARD MASUR

DER VERGESSENE KONTINENT

Lateinamerika zwischen Diktatur und Demokratie

Seit der Zeit ihrer Unabhängigkeitskriege ist die lateinamerikanische Welt zu einem vergessenen Kontinent herabgesunken. Ein Historiker von der Bedeutung Seeleys konnte im späten 19. Jahrhundert die Behauptung wagen, die Südamerikaner hätten einige Republiken ins Leben gerufen „in a moment of distraction"[1]. Wenn man von der Würdigung absieht, die Gervinus diesem Erdteil in seiner „Geschichte des 19. Jahrhunderts" hat zuteil werden lassen, so wird man nur wenige Geschichtsschreiber oder geschulte politische Beobachter finden, die der Wirklichkeit und den ungeheuren Möglichkeiten der lateinamerikanischen Welt Verständnis entgegengebracht haben. Einen Bettler, der auf einem Sack voll Gold sitzt, nannte sie Alexander von Humboldt; für viele ist sie das noch heute. Die Gründe für diese systematische Vernachlässigung sind nicht schwer zu finden. Außenpolitisch wurden die schwachen jungen Republiken in die Einflußsphäre der Vereinigten Staaten gezogen, die ihnen unter dem Deckmantel der Monroe-Doktrin ihren Schutz gegen koloniale Experimente der europäischen Mächte aufzwangen, sich aber ihrerseits nicht scheuten, Lateinamerika zum Schauplatz ihrer imperialistischen Ausdehnungspolitik zu machen. Mexiko, Kuba, Kolumbien, Puerto Rico, Nikaragua und St. Domingo erfuhren es am eigenen Leibe, daß „el coloso del Norte" keine geringere Gefahr für ihre Unabhängigkeit darstellte als die europäischen Mächte.

Aber dies allein genügt nicht, die Unterschätzung Lateinamerikas zu erklären. Innenpolitische und sozialgeschichtliche Ursachen waren kaum weniger bedeutsam. Der lateinamerikanische Unabhängigkeitskrieg war nur eine politische Revolution gewesen. Die spanischen und portugiesischen Kolonien hatten die Nabelschnur zerschnitten, die sie mit den europäischen Mutterländern verband. Aber aus Gründen, die tief in der kolonialen Geschichte dieser beiden Nationen verwurzelt sind, waren die neuentstandenen Länder gänzlich unvorbereitet, mit den Problemen ihrer nationalen Selbständigkeit fertig zu werden. Eine wahre Pandorabüchse ungelöster Fragen tat sich vor ihnen auf, und die meisten der lateinamerikanischen Nationen haben die ersten hundert Jahre ihrer Existenz damit zugebracht, nach Antworten zu suchen, die ihren eigenen Lebensbedingungen gemäß sein könnten. Ich will diese Grundfragen Lateinamerikas in seiner nationalen Periode – 1830 bis 1958 – nur kurz streifen, aber sie können nicht vollständig außer acht gelassen werden, da sie noch heute die Gegenwart dieser Nationen bestimmen.

Da war zunächst die Verfassungsfrage. Die meisten der jungen Republiken nahmen die konstitutionellen Einrichtungen der Vereinigten Staaten zum Vor-

[1] Gerhard Masur, Simon Bolivar und die Befreiung Südamerikas, Konstanz 1949, S. 632.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bild; andere orientierten sich an französischen Mustern. Aber es erwies sich bald, daß solche schematischen Übertragungen unmöglich waren. Die ethnischen Voraussetzungen in Lateinamerika waren tief verschieden von denen der Vereinigten Staaten, von Europa ganz zu schweigen. Lateinamerika hatte und hat Indianer, Neger und Europäer und alle nur denkbaren Mischungen dieser Rassen in seiner Bevölkerung. Sie zusammenzuhalten und aus der kolonialen Unterwürfigkeit in die Staatsbürgerschaft zu führen, war eine der ersten und schwierigsten Aufgaben der jungen Republiken. In vielen Ländern ist dies Problem auch heute noch nicht gelöst.

Eine zweite Frage, die von der ersten kaum zu trennen ist, betraf die lokale Organisation. Die meisten dieser Länder waren noch unerschlossen; es fehlte an Verkehrs- und Verbindungswegen. Eine Tendenz zum Regionalismus (verstärkt durch spanische Einflüsse) machte sich geltend vom Rio Grande bis zum Kap Horn. Aber ihr stand eine nicht weniger machtvolle Strömung gegenüber, die eine starke, zentrale Staatsgewalt wünschte. Die Frage von Staat und Kirche mußte neu geregelt werden, und es mußte darüber entschieden werden, ob die neuen Republiken das Erbe der spanischen Könige und des „patronato real" anzutreten gewillt waren. Die lateinamerikanische Wirtschaft sah sich auf einmal von den merkantilistischen Ketten befreit, unter denen sie so lange gelitten hatte, und mußte sich gegen den Ansturm freihändlerischer, kapitalistischer Energien verteidigen. Ferner waren die territorialen Grenzen zwischen den neuen Staaten im Schwanken und mußten festgesetzt werden. Zwischen der alten Oberschicht der Kreolen und den langsam aufsteigenden Mischlingen entspann sich ein Klassenkampf, der noch heute nicht abgeschlossen ist. Kurz, der Schwierigkeiten war kein Ende, und die Liste der Probleme, die Lateinamerika am Beginn seiner nationalen Existenz zu bewältigen hatte, könnte leicht um vieles verlängert werden. Das Ergebnis dieses vielseitigen Dilemmas war, daß die Führung der neuen Republiken in die Hände jener Gruppen fiel, die den zentrifugalen Einflüssen eine organisierte Kraft entgegenstellen konnten: die alte weiße Oberschicht, deren Einfluß auf Landbesitz beruhte, die mit ihr verbundene und verschwisterte Armee und die Kirche. Dazu kam die spanische Vorliebe für den „caudillo", den charismatischen Führer, wie wir es heute nennen würden. So entwickelte Lateinamerika politische Diktaturen, die fast ausnahmslos auf der Trinität von Landbesitz, Kirche und Armee beruhten. Auch hier darf der spanische Einfluß nicht übersehen werden. Die Persönlichkeiten der „conquistadores", der Cortes, Pizarro, Belalcazar usw. hatten die Phantasie der Lateinamerikaner stark beeinflußt. Die großen Gestalten der Unabhängigkeitsbewegung, Bolivar, Sucre, Santander, Hidalgo und St. Martin, verstärkten die Vorliebe für den caudillo noch mehr, und empfahlen die politisch-militärische Führergestalt als die beste Antwort auf den gordischen Knoten so vieler ungelöster Aufgaben. Die Diktatoren wurden aber leicht durch Erhebungen beseitigt, die freilich oft nur andere Diktatoren in den Palast des Präsidenten brachten, so daß die meisten Beobachter die Schlußfolgerung zogen, daß Lateinamerika das klassische Land der pronunciamientos und Revolutionen sei. Plus ça change, plus c'est la même chose.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Revolutionen gehörten zum Bilde Lateinamerikas genau wie die Diktaturen; sie waren die Kehrseite der Medaille. Sie hinterließen kaum eine Veränderung in der sozialen Struktur dieser Länder, da die große Masse der armen und unerzogenen Bevölkerung keinen Anteil an ihnen hatte und den Kämpfen um Macht und Beute mit Gelassenheit oder Stumpfsinn zusah. Verallgemeinernd könnte man sagen, daß die politische Form Lateinamerikas im 19. Jahrhundert die folgende war: Diktatur, gemildert durch periodische pronunciamientos. In der Generation unmittelbar nach dem Unabhängigkeitskriege finden wir Santa Ana in Mexiko, Rosas in Argentinien, Florez in Ekuador, Santa Cruz in Bolivien, Francia in Paraguay und Ramón Castilla in Peru. Mit dem Eindringen europäischer und amerikanischer Kapitalien am Ende des 19. Jahrhunderts erscheint ein neuer diktatorieller Typus: Porfirio Diaz in Mexiko, J. V. Gomez in Venezuela, Nuñez in Kolumbien, um nur einige zu erwähnen.

Doch wäre es nicht gerecht zu vergessen, daß erst der Liberalismus und später die Demokratie auch ihre Vorkämpfer hatten: Juarez in Mexiko, Mitre, Alberdi und Sarmiento in Argentinien, Balmaceda in Chile[2]. Das 19. und das frühe 20. Jahrhundert zeigen ein unstetes Schwingen des Pendels von der Diktatur zur Demokratie und wieder zurück zur Diktatur. Nur in einigen Republiken ist die Entwicklung zu verfassungsmäßigen Formen beständig gewesen.

Für ein Verständnis der gegenwärtigen politischen Situation Lateinamerikas müssen wir kurz der Folgen des zweiten Weltkrieges gedenken. Natürlich hat der Krieg dort nicht einen so tiefreichenden Einfluß gehabt wie in Europa, Nordamerika oder Asien. Von allen lateinamerikanischen Nationen hat nur Brasilien aktiv am Kriege teilgenommen. Die meisten Staaten begnügten sich damit, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland, Italien und Japan abzubrechen, und glaubten, damit das Ihre getan zu haben. Auch das geschah oft genug nur unter Druck von Washington. Aber die große Mehrheit war doch bereit, mit den Vereinigten Staaten wirtschaftlich zusammenzuarbeiten und strategische Konzessionen zu machen[3]. Das schloß die Lieferung von kriegswichtigen Rohstoffen zu festen, und für die Dauer des Krieges gefrorenen Preisen ein; es führte zu Vereinbarungen, denen zufolge Flugfelder und Häfen in Südamerika für überseeische Truppentransporte benutzt werden konnten. Die Galapagosinseln dienten als Stützpunkt für die Verteidigung des Panamakanals, und die Antillen waren nützlich in der Abwehr deutscher U-Boote im Karibischen Meer.

Doch wäre es falsch zu sagen, daß der uneingeschränkte Sieg der demokratischen Mächte das war, was sich die Lateinamerikaner von dem zweiten Weltkrieg erhofften. Sie hätten vielleicht ein „unentschieden" vorgezogen; aber sie betrach-

[2] Die Literatur ist umfangreich. Pathology of Democracy in Latin-America, The American Political Science Review, Bd. XLIV, Nr. 1/1950; James Bryce, South America, New York 1923; F. Garcia Calderon, Latin America, London 1913; R. A. Humphrey, The Evolution of Modern Latin America, New York 1946; Cecil Jane, Liberty and Despotism in Spanish America, Oxford 1929.

[3] Gerhard Masur, Democracy in Ecplise, Virginia Quarterly, Bd. 26, Nr. 3/1950, S. 338.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teten den Sieg der demokratischen Mächte als das kleinere Übel im Vergleich zu einem Triumph Hitlers. Zur gleichen Zeit, als die Vereinigten Nationen in Europa und Asien entscheidende Siege davontrugen, schien sich in Lateinamerika ein Umschwung zu demokratischen Regierungsformen und -methoden anzubahnen. Eine neue Generation von Männern stieg zu politischen Schlüsselpositionen auf. In Chile Gonzalez Videla, in Peru Bustamante und Haya de la Torre, in Ekuador Velasco Ibarra, in Kolumbien J. E. Gaitan, in Venezuela Romulo Betancourt und Romulo Gallego. Sie alle schienen sich dem Gedanken einer sozialen Demokratie verschrieben zu haben, sie bekämpften die oligarchische Herrschaft der alten Eliten, sie erhofften sich eine Renaissance des Indianers, der jahrhundertelang unterdrückt worden war. Es war eine Bewegung, die man am besten als einen New Deal für Lateinamerika beschreiben könnte. Aber schon das Jahr 1946 sah den Rückschlag zu den eingewurzelten, autoritären Regierungsmethoden. Bevor wir die Reihe der Diktatoren, die nun aufstiegen, Revue passieren lassen, müssen wir jedoch der sozialen Erscheinungen gedenken, die der zweite Weltkrieg mehr beschleunigt als hervorgebracht hat.

Am wichtigsten war die unmittelbare Wirkung der Kriegswirtschaft. Nach dem Ende der Feindseligkeiten mußten viele Industrien, besonders jene, die sich in kriegswichtigen Rohstoffen spezialisiert hatten, beschnitten werden. Die Arbeiterschaft hatte sich an höhere Löhne gewöhnt, als sie je vorher empfangen hatte, und wollte dieselbe soziale Sicherheit genießen, deren sich die westeuropäische Arbeiterschaft seit vielen Jahren erfreute. Die Wiederbelebung der europäischen und südostasiatischen Industrien entzog Lateinamerika die privilegierte Stellung, an die es sich während des Krieges gewöhnt hatte.

Aber dies waren doch nur die unmittelbaren Auswirkungen der Nachkriegszeit, Vordergrundsphänomene, auf die jedermann hinweisen konnte. Dahinter verbarg sich eine soziale Revolution von größter Bedeutung, die lange vor dem zweiten Weltkriege begonnen hatte. In den letzten vierzig Jahren haben sich tiefgreifende ökonomische und soziale Wandlungen in der Struktur Lateinamerikas vollzogen, deren Tragweite und Ausmaß erst heute voll sichtbar werden. Die Bevölkerung ist auf hundertsiebzig Millionen angewachsen und wird in nicht allzuferner Zeit 200 Millionen betragen, wenn der gegenwärtige Prozentsatz der Bevölkerungsvermehrung anhält. Parallel mit diesem Zuwachs an Menschen geht eine interessante Verschiebung der sozialen und wirtschaftlichen Schwerpunkte im Leben der Lateinamerikaner. Bis zum Ende des vergangenen Jahrhunderts war dieser Kontinent vorwiegend agrarisch: ein Rohstoff- und Nahrungsmittelreservoir ersten Ranges. Heute hingegen haben die großen Städte eine Bevölkerungsdichte erreicht, die jene der ländlichen Bezirke weit hinter sich läßt[4]. Hier mögen einige Beispiele gegeben werden, die die fast abenteuerliche Ausdehnung der großen Städte in Südamerika beweisen: Buenos Aires, das größte dieser Zentren, hat

[4] John B. Johnson, The New Latin America and the United States, The Pacific Spectator, Bd. 9, Nr. 3/1955, S. 11.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

4 500 000 Einwohner. Noch beachtlicher ist die Tatsache, daß 26% aller Argentinier in der Hauptstadt wohnen. 17% aller Chilenen leben in Santiago, das eine Bevölkerung von über einer Million hat. Mexiko hat drei Millionen, und sie stellen 12% aller Mexikaner dar. 700 000 Uruguayer leben in Montevideo, fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung dieses kleinen Landes. Die Konzentration der brasilianischen Bevölkerung ist nicht ganz so hoch, aber auch hier lebt ein unverhältnismäßig großer Teil der Menschen in Rio de Janeiro, Sao Paolo, Bello Horizonte usw.

Die Abwanderung vom Lande in die Stadt hat zwei der Grundpfeiler der lateinamerikanischen Gesellschaft auf eine harte Belastungsprobe gestellt: die Kirche und die Familie. Die südamerikanische Familie hatte jahrhundertelang in Sippenform gelebt[5]. Der Zusammenhang zwischen Eltern und Kindern, Vettern und Großvettern, Onkeln, Tanten und so fort war viel stärker als in Europa oder in den Vereinigten Staaten. Der Respekt, der den älteren Familienmitgliedern entgegengebracht wurde, war tief und aufrichtig. Sowohl das Stadthaus mit seiner langen Flucht von Höfen wie die casa grande auf den ländlichen Besitzungen bezeugen die Bedeutung der Großfamilie für das südamerikanische Leben. In den übervölkerten Städten hingegen kann oft nicht einmal die engere Familie unter einem Dach zusammengehalten werden. Mit dem gemeinsamen Leben verschwindet aber auch der Einfluß, den die konservativen Väter und Großväter auf die nachkommenden Generationen ausgeübt hatten. Neue soziologische Formen sind neben die Familie getreten und verlangen ihr Recht.

Die privilegierte Position der Kirche ist besonders auf zwei Gebieten bedroht, auf denen sie seit undenklichen Zeiten uneingeschränkt geherrscht hatte: dem der Erziehung und dem der Unterhaltung. In der Erziehung wetteifert der Staat heute mit der Kirche auf allen Stufen höherer Ausbildung und wird sie unvermeidlicherweise überflügeln. Auf dem Gebiet der Unterhaltung sind es der Film, das Radio und die Television, die den kirchlichen Unterhaltungen an Festtagen, Prozessionen und dergleichen beträchtliche Konkurrenz machen. Die Gruppen, die sich dergestalt den kirchlichen und familiären Einflüssen entziehen, suchen nach neuen Formen, sich politisch und gesellschaftlich zu bekunden. Das Phänomen, das wir zu beschreiben versuchen, kann am besten mit dem Wort Mittelstand definiert werden. Wir sind uns der Vieldeutigkeit des Ausdrucks wohl bewußt. Jedoch ist es eine Tatsache, daß die kleinen, aristokratischen Cliquen, die die lateinamerikanischen Länder so lange regiert haben, ihren Einfluß langsam verlieren, oder ihn mit neu aufsteigenden Schichten teilen müssen. Zuweilen sind sie sogar zum Gegenstand eines bewußten Klassenhasses gemacht worden, wie in Perons Argentinien. Die Plünderung des berühmten Jockey-Clubs in Buenos Aires war ein Symbol für diese Stimmungen.

Die politischen Führer dieses lateinamerikanischen Mittelstandes, der clase media, wie er dort genannt wird, sind „upstarts", die entweder aus dem Heere

[5] Wir besitzen wenigstens zwei klassische Studien der südamerikanischen Familie: Gilberto Freyre, The Masters and The Slaves, New York 1946; G. M. McBride, Chile, Land and Society, New York 1936.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stammen, wie Peron, oder aus der Bürokratie, aus dem Handel, der Industrie oder den freien Berufen. Der Aufstieg dieser neuen Gruppe, der einer sozialen Revolution gleichkommt, hat sich bisher ohne Enteignung der alten Schichten vollzogen. Die aristokratischen Familien haben oft noch ihren Landbesitz, aber Land ist nicht mehr die einzige Quelle des Reichtums. Neue Industrien haben in Lateinamerika Fuß gefaßt. Gewerkschaften sind organisiert worden, Ingenieure, Rechtsanwälte, Kaufleute und Angestellte repräsentieren Macht und Einfluß, die sich geltend machen und nicht übersehen werden können. Zwischen den wenigen Reichen und den vielen Armen, die man vorher in Lateinamerika fand, besteht heute ein neuer Mittelstand, dessen soziologische Konturen schwer zu ziehen sind. Er umschließt die Staatsbeamten, die Angestellten der industriellen und kommerziellen Unternehmungen, die kleinen Ladenbesitzer, aber auch die unruhigen und großsprecherischen Angehörigen der Intelligenz, Journalisten, Lehrer und Studenten. Sie sind sich ihrer eigenen Bedürfnisse sehr bewußt, und ihre Forderungen sind im großen und ganzen eher ökonomisch als politisch. Die politische Demokratie des 19. Jahrhunderts hat für sie erheblich weniger Anziehungskraft als die wirtschaftliche des 20. Jahrhunderts.

Im Gegensatz zu Nordamerika erwartet sich die „clase media" alles vom Staat; sie hofft, daß der starke und vitale Staat ihre Erwartungen erfüllen wird. Man spricht von dem „estado vital". Auch darin lebt offensichtlich eine alte spanische Tradition fort. Für diese neue Gruppe ist soziale und ökonomische Gleichheit von weitaus größerer Bedeutung als politische Gleichheit, für die die Liberalen des 19. Jahrhunderts gekämpft hatten[6]. Von diesen Voraussetzungen aus sollte es nicht schwer zu verstehen sein, warum faschistische und selbst kommunistische Experimente die Phantasie des neuen Mittelstandes beschäftigen, und warum er willens war, eine Ideologie wie Perons Justicialismo zu unterstützen. In Lateinamerika hat der Staat in den letzten 25 Jahren viele der sozialen und ökonomischen Tätigkeiten absorbiert, die in anderen Teilen der Welt eine unabhängige Existenz gefunden haben. Die Gewerkschaften in drei der größten Republiken, Brasilien, Argentinien und Mexiko, stehen unter direkter oder indirekter Kontrolle des Staates. In den meisten Ländern ist das Verkehrswesen, die Wasserversorgung, ja sogar die Müllabfuhr verstaatlicht worden. In dem Bemühen, sich aus dem Zustand wirtschaftlicher Kolonien zu unabhängigen Staaten herauszuarbeiten, sind Ämter geschaffen worden, die die Industrialisierung anspornen, Kapitalanlagen überwachen und einen neuen wirtschaftlichen Imperialismus zu verhindern suchen. So ist die Petroleumindustrie in einigen Ländern zum Staatsmonopol gemacht worden oder durch besondere Gesetze gegen Überfremdung geschützt. Der Staat hat heute auch einen weitaus größeren Einfluß auf die Grundschule und die höhere Schule als je zuvor. Die Kampagne gegen den Analphabetismus kann in den meisten Ländern nur von Organen des Staates angepackt werden. Die besten Beispiele dafür sind Argentinien, Chile und Mexiko. Das gleiche gilt auch für die Feldzüge

[6] Johnson a. a. O.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegen die tropischen Krankheiten oder für Bewässerungsanlagen, Straßenbauten, Flugplätze usw. Es ist leicht zu sehen, daß diese mannigfaltigen Aufgaben vom Staat nur bewältigt werden können, wenn er über genügend Kapital verfügt. Staatskapitalismus empfiehlt sich daher vielen Lateinamerikanern als die beste Lösung für ihre Probleme. Das bedeutet nicht, daß man sich einem Sozialismus nach russischem Vorbild verschreiben will; Hand in Hand mit dem Staatskapitalismus geht oft der Kapitalismus des freien Unternehmertums und der Privatbesitz, der nur dort eingeschränkt wird, wo er den Interessen der Nation zuwiderläuft. (Mexikos Verfassung hat das in dem berühmten Artikel 27 der Verfassung von 1917 ausgedrückt.)

Der Mittelstand ist zugleich der Träger des lateinamerikanischen Nationalismus. Dieser Nationalismus ist ein neues Phänomen. Seit den Tagen Bolivars waren die Südamerikaner internationaler Verständigung zugeneigt. Die Geschichte dieser Republiken ist, mit wenigen Ausnahmen, frei von kriegerischen Unternehmungen; die meisten Grenzschwierigkeiten wurden auf dem Wege der Schiedsgerichtsbarkeit beigelegt. Aber der Kampf für die wirtschaftliche Unabhängigkeit hat auch hier eine tiefgreifende Wirkung auf die Psychologie der Massen gehabt. Alle lateinamerikanischen Länder waren im 19. Jahrhundert die Opfer des Finanzkapitalismus. Einige, wie Argentinien, Brasilien, Mexiko und Uruguay, haben es verstanden, sich diesen Verstrickungen zu entziehen. Sie sind aus Schuldnernationen zu Gläubigernationen geworden.

Zuweilen sind die fremden Kapitalien aufgekauft worden, zuweilen sind lebenswichtige Industrien verstaatlicht und die ausländischen Anlagen mit einem Bruchteil ihres wirklichen Wertes entschädigt worden. All das kann unter dem Titel des ökonomischen Nationalismus zusammengefaßt werden, der jedoch auch politische und kulturelle Unterströmungen hat.

Der Wunsch des lateinamerikanischen Mittelstandes nach sozialer Anerkennung kam zu einer Zeit zum Durchbruch, in der die Inflation der Währungen solche Ziele doppelt notwendig, aber auch doppelt schwierig machte. Lateinamerika hat unter der allgemeinen Inflation der Weltwährungen schwer gelitten. Mit Ausnahme von Venezuela haben die meisten Staaten inflationistische Währungen und sind daher gezwungen gewesen, zu Ab- und Umwertungen zu schreiten, die, wie immer, diejenigen Gruppen am empfindlichsten treffen, die auf ein festes Einkommen angewiesen sind, mit anderen Worten, gerade jene Klasse, die die motorische Kraft im wirtschaftlichen Leben des neuen Lateinamerika darstellt. Die politischen Vorgänge Lateinamerikas müssen auf diesen Hintergrund sozialer und wirtschaftlicher Wandlungen bezogen werden. Ohne ihn bleiben sie Vordergrundserscheinungen eines unstabilen Kontinents[7]. Unsere Übersicht kann selbstverständlich nur ein Resumé aus der Vogelperspektive geben, in dem nicht aller Republiken gedacht werden kann. Wir sagten schon, daß mit dem Jahre 1946 die demokratische Bewegung rückläufig wurde, und eine steigende Tendenz zur Diktatur sich wieder

[7] Miguel Jorrin, Political Instability in Latin America, Albuquerque 1953; Robert Alexander, Labor Parties of Latin America, New York 1942.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geltend machte. Beginnen wir mit dem Lande, in dem die Diktatur ihre größten Triumphe feiern konnte, bevor sie im Jahre 1955 zusammenbrach.

Argentinien[8]

Von allen Regimen Lateinamerikas hat das Juan Domingo Perons die größte Aufmerksamkeit erregt. Er kam zur Macht in einer Krisis, die sowohl innen- als außen- und wirtschaftspolitisch die argentinische Republik tief erschütterte. Am 4. Juni 1943 übernahm eine ehrgeizige Clique der argentinischen Armee die Macht. Es war ein klassischer Militärputsch gegen die verfassungsmäßigen Autoritäten der Republik. Während Figuren zweiten Ranges vorübergehend die Präsidentschaft ausübten, hielt sich der wirkliche Führer des „grupo de oficiales unidos" im Hintergrund. Peron begnügte sich anfangs mit dem untergeordneten Posten eines Arbeitsministers. Er hatte richtig gesehen, daß seine politische Zukunft auf der Gefolgschaft der städtischen Arbeiter beruhte, denen er bessere Löhne, einen höheren Lebensstandard, soziale Sicherheit und einen Anteil an der Regierung versprach. Das gewagte Spiel hatte vollen Erfolg. 1946 wurde Peron zum Präsidenten gewählt. Die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten seine Wahl zu verhindern suchten, hat ihm geholfen, aber entscheidend war doch die Unterstützung, die er von den Arbeitern und Angestellten Buenos Aires' empfing. Los descamisados, die Hemdlosen, wurden das Element, auf das er seine Diktatur aufbaute.

Selbst heute, zwei und ein halbes Jahr nach dem Sturze Perons, kann es kaum bezweifelt werden, daß er in Argentiniens Geschichte Epoche gemacht hat. Zusammen mit seiner Gattin, Evita, hat er eine neue Variante des Faschismus entwickelt, el fascismo criollo, den kreolischen Faschismus[9].

Evita Peron nahm die Wohlfahrtsinstitute aus den Händen der aristokratischen Oberschicht, die sie seit 120 Jahren betreut hatte, und errichtete ihr eigenes Wohlfahrtsamt. Unter ihrem Einfluß wurde den Frauen das Stimmrecht gewährt. Sie beschäftigte die Phantasie der Argentinier, und nach ihrem Tode wurde sie die Schutzheilige des neuen Faschismus. Aber Peron blieb doch die zentrale Figur.

Um seine Wiederwahl zu ermöglichen, wurde 1949 die Verfassung amendiert; 1951 wurde er zum zweiten Male zum Präsidenten gemacht. Wie Hitler und Mussolini bestand er auf der Hülle der Legalität. Hinter dieser Fassade freilich wurde die Presse geknebelt, und die berühmten alten Zeitungen, La Prensa und La Nación, zum Schweigen gezwungen. Eine geheime Staatspolizei machte jede Kritik unmöglich, um so mehr als es ein Verbrechen war, es gegenüber den Organen der Staatsgewalt an Respekt fehlen zu lassen. Peron vermied Blutbäder nach dem Muster des 30. Juni 1934; es genügte ihm, seine Gegner mundtot zu machen oder sie ins Gefängnis zu werfen. Langsam, aber sicher wurde die Schraube immer stärker ange-

[8] Hubert Herring, A History of Latin America, New York 1955; Robert J. Alexander, The Peron Era, New York 1951; George Blanksten, Peron's Argentina, Chicago 1953.

[9] Ch. Whitacker in: Pathology of Democracy in Latin America, a. a. O., S. 116; A. P. Whitacker, Argentine Upheaval, New York 1956, S. 139.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zogen. Aber es ist kaum daran zu zweifeln, daß er die Massen, wenigstens der städtischen Arbeiterschaft, hinter sich hatte. Seine Regierung war, nach Arthur Whitacker, eine „Tyrannei der Majorität über die Minorität"[10]. Wie in den meisten faschistischen Diktaturen war die Wirtschaft die Achilllesferse des Regimes. Peron stellt den ökonomischen Nationalismus in Reinkultur dar. Es war seine Absicht, die wirtschaftliche Unabhängigkeit Argentiniens zu vervollständigen, und es muß anerkannt werden, daß er Fortschritte in dieser Richtung gemacht hat. Am Ende des zweiten Weltkrieges hatte Argentinien eine beträchtliche Devisenreserve angehäuft, die Peron dazu verwandte, die Eisenbahnen, das Telephonsystem und die Hafenanlagen zu nationalisieren. Alle ausländischen Gläubiger (englische sowohl wie amerikanische) sollten ausgezahlt werden[11]. Ein anspruchsvoller Fünfjahresplan sollte die vollständige Industrialisierung Argentiniens bringen und gleichzeitig die Mechanisierung der argentinischen Landwirtschaft ermöglichen. Aber diese hochgesteckten Ziele wurden nicht erreicht. Die Ausgaben erschöpften die Devisenreserve rasch, und der argentinische Peso begann an Wert zu verlieren. Die Lebenskosten stiegen auf das Sechsfache, die landwirtschaftliche Erzeugung ging zurück, und Peron fand sich genötigt, fleischfreie Tage einzuführen, in einem Lande, das bisher den größten Überschuß an Rind- und Hammelfleisch gehabt hatte. Wie viel von Perons übereilter Industrialisierung fortbestehen wird, ist schwer zu übersehen. Aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen er sich ausgesetzt sah, machten es seinen Feinden leicht, den Diktator zu Fall zu bringen. Peron war töricht genug, sich mit der katholischen Kirche anzulegen, die im Beginn sein Regime gutgeheißen hatte[12]. Anscheinend fürchtete er ihren Einfluß auf die Jugend und auf die Gewerkschaften. Aber sein Versuch, die Kirche zu beugen oder zu brechen, schlug fehl und fiel auf ihn zurück. Seine Exkommunikation war der Anfang vom Ende. Sein Sturz wurde schließlich von einer Allianz zwischen der Kirche und der Wehrmacht herbeigeführt. Eine Revolte der Armee in Cordoba sprang auf die Flotte über. Vor der Drohung eines Bombardements der Hauptstadt kapitulierte Peron und flüchtete sich auf ein neutrales Kriegsschiff. Das Heer unternahm es dann, das bankrotte Land wieder auf die Füße zu stellen. General Pedro Aramburu wurde zum provisorischen Präsidenten gemacht. Seine Regierung war in Wahrheit eine junta-Regierung der argentinischen Streitkräfte, wie sie in Lateinamerika oft die caudillos ablöst. Die alte Verfassung von 1853 wurde wiederhergestellt, La Prensa wurde ihrem Eigentümer zurückerstattet, und die Peronpartei wurde aufgelöst. Freie Wahlen wurden für den 23. Februar 1958 ausgeschrieben, und Aramburu versprach die absolute Neutralität der provisorischen Regierung. Sein Programm war das einer demokratischen Restauration[13]. Zum Erstaunen vieler hat er sein Wort gehalten. Der Führer der radikalen Partei, Arturo Frondizi, ist im Februar

[10] A. P. Whitacker, The United States and Argentina, Cambridge, Mass. 1954, S. 140.

[11] Herring a. a. O., S. 649.

[12] Time, 14. April 1955, S. 32.

[13] Time, 3. Juni 1957, S. 28.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dieses Jahres zum Präsidenten gewählt worden. Die Rückkehr Argentiniens zur Demokratie ist in der westlichen Welt warm begrüßt worden. Ob Peron oder der Peronismo je wieder zur Macht kommen wird, ist noch ungewiß. Doch dürfte es sicher sein, daß auch das demokratische Argentinien von 1958 das Programm sozialer Gerechtigkeit (justicialismo), das Peron als seinen Hebel zur Macht benutzte, beibehalten wird. Arbeiter und Angestellte werden die Wohlfahrtsgesetzgebung der letzten 10 Jahre nicht ohne Kampf aufgeben. Die Industrialisierung wird auf ein langsameres Tempo zurückgeschraubt und die Landwirtschaft wieder zum stärksten Produzenten in Argentinien werden. Die alten Schichten der Gesellschaft mit ihrer Verankerung in der Kirche, der Armee und dem Grundbesitz haben noch einmal bewiesen, daß die Nachricht von ihrem Ableben übereilt gewesen war, um mich eines Ausdrucks Mark Twains zu bedienen. Aber sie werden mit der neuen clase media zu einer Verständigung kommen müssen, oder ein zweiter Peron wird ihren Untergang besiegeln.

Selbstverständlich hat der Umsturz Perons einen bedeutsamen Einfluß auf andere südamerikanische Staaten gehabt, in denen sich Militärdiktaturen die Macht angeeignet hatten.

Kolumbien, Venezuela, Peru und Bolivien

Kolumbien hatte den Ruf, zu den wenigen Nationen in Südamerika zu gehören, die diktatorialen Experimenten abhold waren. Seine Geschichte zeigt die Vorherrschaft des Zwei-Parteien-Systems; Konservative und Liberale wechselten sich in der Ausübung der Gewalt ab. 1930 war es den Liberalen gelungen, die fast fünfzig Jahre währende „konservative Hegemonie" zu brechen. Bis 1946 folgte ein liberaler Präsident dem andern. Dann aber brach die Partei in einen gemäßigten und einen radikalen Flügel auseinander, und die Konservativen waren abermals in der Rolle des lachenden Dritten. Zuerst wurde der Kaffeekönig Kolumbiens zum Präsidenten gewählt, Mariano Ospina Perez; ihm folgte 1950 Laureano Gomez. Beide gehörten der alten, aristokratischen Oligarchie an. Aber die Liberalen gaben nicht klein bei, und das Land war von einem schwelenden Bürgerkrieg erfüllt. Guerillakrieg in den Provinzen und Bandenangriffe in der Hauptstadt waren an der Tagesordnung. Die Konservativen versuchten die Verfassung, die 1936 revidiert worden war, zugunsten ihres autoritären Ideals umzugestalten, das sie auf den Namen einer „christlichen Demokratie" tauften. Sie wollten die Amtszeit des Präsidenten verlängern, den katholischen Glauben wieder zur Staatsreligion erheben und das Parlament seiner Macht berauben[14]. Neue Unruhen brachen aus; die großen liberalen Zeitungen in Bogotá waren Angriffen des Mob ausgesetzt, und der Bürgerkrieg drohte das ganze Land zu überfluten. Schließlich nahm auch hier die Armee die Dinge in ihre Hände, versprach die Ordnung wiederherzustellen und über dem Ideal der Demokratie zu wachen. Quis custodet custodiam? Der Chef

[14] The International Yearbook for 1952. ed. Henry E. Vizetelly, New York 1953, S. 11–112. German Arciniegas, The State of Latin-America, New York 1952, S. 153 ff.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Generalstabes, Rojas Pinilla, übernahm die Macht, der Präsident floh nach Spanien und, wie üblich, wurden freie Wahlen versprochen, sobald die allgemeine Situation sie erlauben würde. Hinter dieser Fassade aber wurde die Diktatur Rojas' Pinillas vorbereitet.

Rojas wurde 1954 zum Präsidenten „gewählt". Er fuhr fort, mit außerordentlichen Vollmachten zu regieren, die Zeitungen waren der strengsten Zensur unterworfen oder wurden geschlossen, wie das berühmte El Tiempo de Bogotá; ein offizielles Propagandaministerium gab die Nachrichten aus, die dem General wohlgefällig waren. Eine kurzfristige Prosperität machte es Rojas zuerst möglich, sich zu behaupten, aber bald fanden Liberale wie Konservative, daß das Heilmittel sich als schlimmer erwiesen habe als die Krankheit. Sie bildeten eine überparteiliche Einheitsfront gegen den Diktator. Als dieser den Versuch wagte, der Kirche die Verwaltung der Wohlfahrtsinstitute entziehen zu wollen, nahm der hohe Klerus gegen ihn Stellung, und sein Untergang war besiegelt. Am 5. Mai 1957 begannen die Studenten gegen Rojas zu demonstrieren, und nach fünf Tagen blutigen Straßenkampfes gab der Diktator das Spiel verloren und floh[15]. Auch hier übernahm eine junta die Aufgabe, den Staat zu sanieren. Die Parteien stimmten einem Burgfrieden zu. Ein letzter Versuch, die Militärdiktatur wiederherzustellen, wurde im vorigen Jahre niedergeschlagen. Diesem vereitelten Putsch folgten die Wahlen, aus denen Alberto Lleras Camargo als Sieger hervorging. Er ist ein überzeugter Liberaler, er hat seinem Lande schon vorher als Präsident gedient und ist eine der besten politischen Intelligenzen, über die Lateinamerika heute verfügt[16].

Die Dinge in Venezuela haben einen ähnlichen Verlauf genommen. Doch besteht zwischen den beiden Ländern ein grundlegender Unterschied: Venezuela kennt recht eigentlich nur die Tradition der Diktatur. Für Venezuela gilt Bolivars tragisches Geständnis: „Wir haben das Meer gepflügt[17]."

Der letzte der venezuelanischen Despoten, Juan Vicente Gomez, hat den Beinamen empfangen: Tyrann der Anden[18]. Nach seinem Tode, 1935, übernahm eine Offiziersclique die politische Führung. Auch hier wurden Versprechen freier Wahlen gemacht und gebrochen. Das führte schließlich im Jahre 1945 zu einer Erhebung, deren leitender Geist Romulo Betancourt war. Er versprach dem unglücklichen Lande einen New Deal: allgemeines gleiches Wahlrecht, Freiheit der Presse und der Rede, und eine Sozialgesetzgebung, die den Bedürfnissen des Mittelstandes angepaßt sein würde. Eine neue Verfassung wurde 1947 promulgiert, und das Volk wählte den Kandidaten der stärksten Partei, der Acción Democratica, zum Präsidenten: Romulo Gallego ist einer der bekanntesten Romanschriftsteller Südamerikas. In seinem berühmten Buche Doña Barbara hat er die Grausamkeit der Tyrannen seines Landes symbolisch dargestellt. Aber Gallego war nur für eine kurze Zeit Präsident. Schon nach wenigen Monaten zwang die Armee ihn zum Rücktritt und

[15] The Atlantic Monthly, 1957, Bd. 200, S. 24–28.
[16] Time, 12. Mai 1958, S. 37.
[17] Masur, Bolivar, S. 627.
[18] Thomas Rourke, Gomez, Tyrant of The Andes, New York 1948.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sandte ihn ins Exil[19]. Es folgten vier Jahre, in denen das Land von einer junta regiert wurde, deren beherrschende Figur Perez Jmenez war. Er war seiner Popularität so sicher, daß er 1952 freie Wahlen erlaubte. Als es sich aber herausstellte, daß das Land sich gegen ihn ausgesprochen hatte, wurden die Wahlresultate unterdrückt, und Perez Jmenez ernannte sich selbst zum Präsidenten. Fünf lange Jahre hielt er die Zügel der Regierung in seinen Händen. Er bekannte sich offen zu dem Glauben, daß Venezuela noch nicht reif für eine demokratische Regierung sei. Seine Herrschaft stützte sich auf das Heer, das ausgezeichnete Gehälter empfing, die Polizei und ein Programm öffentlicher Bauten, wie sie Südamerika nie zuvor gesehen hatte. Über Nacht wurde Caracas eine der modernsten Städte der Welt. Die Mittel dafür stammten von den Petroleumquellen, die Venezuela reich gemacht haben. Venezuela hat heute die zweitgrößte Petroleumproduktion der Welt[20]. Die Verträge mit den Petroleumgesellschaften sind außerordentlich günstig für die Regierung; diese erhält nämlich 50% des Bruttoeinkommens der Gesellschaften, entweder als Rohöl oder in Dollars. Dies ist genug, das gesamte Budget zu decken und die Kosten der öffentlichen Bauten zu bezahlen. Die Währung ist demzufolge stabil, und es besteht keinerlei Devisenbeschränkung. Andererseits hat der Überfluß des Geldes, dem nicht genügend Waren entsprechen, die Preise zu einer phantastischen Höhe getrieben. Caracas ist eine der teuersten Städte der Welt. Die Arbeiter und Angestellten, die auf Löhne und feste Gehälter angewiesen sind, sind selbst in der Zeit des „oilbooms" so arm wie nur je. So konnte Venezuela unter Perez Jmenez dem oberflächlichen Beobachter ein Bild großen Wohlstandes bieten mit seinen neuen Schulen, Straßen, Bergbahnen, Offizierskasinos und Krankenhäusern; aber das waren doch nur Potemkinsche Dörfer. Dahinter verbarg sich auch hier wirtschaftliche Unruhe und politische Empörung.

Im November 1957 organisierte Perez Jmenez wieder einmal Wahlen nach Hitlers Muster. Er war „candidato unico", der einzige Kandidat, und die Venezuelaner hatten das Recht, für oder gegen ihn zu stimmen. Aber diese Farce war sogar den Venezuelanern zuviel. Es kam zu Aufständen, Straßenkämpfen in Caracas und schließlich zu einer allgemeinen Revolution, in der die Marine den Ausschlag gab. Der Diktator floh, er lebt heute unangefochten in Miami. Eine junta trat an seine Stelle, deren Vorsitz dem Admiral Larrazabal anvertraut worden ist. Die Kombination der Kräfte, die Perez Jmenez zum Rücktritt zwangen, bestand auch hier aus Kirche und Wehrmacht. Aber das zivile Element hat in den Straßenkämpfen eine entscheidende Rolle gespielt, und die junta, die heute regiert, ist nicht ausschließlich militärisch zusammengesetzt. Die Zukunft Venezuelas scheint ungewiß. Freie Wahlen und eine neue Verfassung sind zugesichert worden, da es aber an jeder Erfahrung in Selbstverwaltung und demokratischer Praxis gebricht, darf man wohl nicht allzu optimistisch sein[21]. Es scheint, als ob die kommunistische Partei große

[19] Time, 6. Dezember 1948, S. 35. S. auch Documentos oficiales relativos al movimiento militar del 24 de noviembre de 1948, Caracas 1949.

[20] Fortune, Its Hot in Venezuela, Bd. 39, Mai 1949, S.100–107, 150–164.

[21] Time, 13. Januar 1958; New York Times, 10.–18. Januar 1958.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hoffnungen auf Venezuela setzt. Letzthin werden auch hier die wirtschaftlichen Probleme entscheidend sein. Nationalisten und Kommunisten haben sich für eine Verstaatlichung der Petroleumproduktion ausgesprochen. Aber ein solcher Versuch würde wahrscheinlich die Vereinigten Staaten auf den Plan rufen, da Milliarden amerikanischen Geldes in Venezuela angelegt sind, gar nicht zu reden von der strategischen Bedeutung des Petroleums im Falle eines Krieges.

In Peru ist die Umwandlung von der Militärdiktatur zu parlamentarischen Regierungsmethoden weniger gewaltsam vor sich gegangen. Hier hatte 1948 der Kriegsminister, Manuel Odria, die Führung an sich gerissen. Aber die Persönlichkeit Odrias ist weit weniger interessant als die des Oppositionsführers Raul Haya de la Torre. Seine Bewegung, Allianza Popular Revolucionaria Americana, kurz Apra genannt, ist eines der erstaunlichsten sozial-politischen Phänomene in Lateinamerika. Seit 1924 hat Haya de la Torre die Nationalisierung des Bodens verlangt, eine gemeinsame Front von Arbeitern und Intellektuellen, die Einheit Indo-Amerikas und die Internationalisierung des Panamakanals[22]. Er wurde das Idol der liberalen und sozialistischen Peruaner, obschon er fast sein ganzes Leben im Gefängnis oder in der Verbannung verbracht hat. Die Apra war 1945 zu beträchtlichem Einfluß in Peru gekommen, da der Präsident Bustamante den Ideen Haya de la Torres wohlwollend zugeneigt war. Der Putsch Odrias versuchte noch einmal, die Woge gemäßigter Reformen aufzuhalten. Haya de la Torre mußte in der kolumbianischen Botschaft Zuflucht suchen, wo er fast fünf Jahre blieb. Sein Fall wurde schließlich zu einer cause célèbre, die vor den Haager Schiedsgerichtshof kam. Odria wie Peron, Rojas und Perez Jmenez versuchten Peru für die verlorene Freiheit mit materiellem Wohlstand zu entschädigen. Baumwolle, Zucker und Petroleum zeigten einen bemerkenswerten Aufschwung; die Währung war stabil, und neue Metalle wie Blei, Zink, Tungsten, Manganesium wurden dem Abbau erschlossen. Aber auch hier war es nur eine Ersatzprosperität, die die überalterte Struktur Perus nicht zu ändern vermochte. Noch immer regieren die berühmten „vierzig Familien" in Lima das Land[23]. Odria entschloß sich aus persönlichen Gründen, die Macht an einen verfassungsmäßig gewählten Präsidenten abzugeben[24]. Wenn er gehofft hatte, daß sein eigener Kandidat gewählt werden würde, so fand er sich bitter enttäuscht. Mit Hilfe der Apra wurde ein konservativer Politiker, Manuel Prado, gewählt, der sich schon in der Vergangenheit als gemäßigt und versöhnlich erwiesen hatte. Eine seiner ersten Handlungen war, die Apra anzuerkennen und ihre Existenz zu legalisieren. Es ist interessant, daß Prado der erste peruanische Präsident ist, der mit Hilfe des Frauenstimmrechts zur Macht gekommen ist. Auch hier wäre es gewagt, die Zukunft vorhersagen zu wollen. Peru hat wenig Erfahrung in demokratischen Methoden, und ob der Rückschwung zum Parlamentarismus Bestand haben wird, ist mehr als fraglich. Das große Problem des Landes ist unzweifelhaft dasjenige,

[22] V. R. Haya de la Torre, *Adonde Va Indo-America*, Santiago 1935; Herring a. a. O., S. 518.

[23] Herring a. a. O., S. 521–522.

[24] Time, 6. August 1956.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das Haya de la Torre aufgeworfen hat: Bodenreform und die Eingliederung des Indianers in die Gesellschaft des 20. Jahrhunderts. Ob dies aber ohne eine Revolution, sei es von oben oder von unten, bewältigt werden kann, scheint höchst unwahrscheinlich.

Bolivien ist das „kranke Volk" Lateinamerikas[25]. Man hat es auch das amerikanische Tibet genannt. Es ist eine künstliche Schöpfung Simon Bolivars. Vom Meere abgeschnitten und mit einer Bevölkerung, die zu 85% aus Indianern oder Mischlingen besteht, hat Bolivien mehr gelitten als jede andere lateinamerikanische Republik. Seine Konstitutionen, seine Diktaturen, seine Revolutionen sind Legion. Empfindlich sind auch die territorialen Verluste, die Bolivien hat hinnehmen müssen. Von diesen Problemen abgesehen, ist Bolivien das klassische Land des „monocultura"-Systems, einer Ökonomie, in der der gesamte Wohlstand des Landes auf einem Produkt beruht. Im Falle Boliviens ist es Zinn. Ein Viertel alles Zinns stammt aus den Minen Boliviens. Aber diese befanden sich in den Händen von drei Gruppen, die eng mit der internationalen Hochfinanz zusammenarbeiteten: Patiño, Aramayo, Hochschild. Demgemäß flossen die Erträge nach New York, London und Paris, während die indianischen Minenarbeiter zu Hungerlöhnen arbeiten mußten[26].

Gegen diese Situation erhob sich zu Anfang der vierziger Jahre eine revolutionäre Bewegung: movimiento nacional revolucionario, im allgemeinen M. N. R. genannt. Die M. N. R. propagierte eine Art von Nationalbolschewismus, sprach sich gegen die Zinnbarone, die ausländischen Kapitalisten und Bankiers aus und erhoffte sich Unterstützung von Buenos Aires, Berlin und Moskau. Der Führer der M. N. R., ein Professor der Volkswirtschaft, ist ein Opportunist, der weiß, daß, wer mit dem Teufel aus einer Schüssel essen will, einen langen Löffel haben muß. Victor Paz Estenssoro wurde Präsident von Bolivien am Ende einer langen blutigen Erhebung, in der dreitausend Menschen ihr Leben verloren. Ein Jahr später, 1952, wurde die Nationalisierung der Zinnminen durchgeführt. Paz Estenssoro bot den ehemaligen Besitzern eine Entschädigung an, aber seine Einschätzung des Wertes der Minen wich beträchtlich von der der ausländischen Kapitalisten ab. Paz Estenssoro verfolgte sein Programm nicht nur, weil er die Nationalisierung versprochen hatte, sondern weil er gewiß war, daß er auf Sympathie unter den lateinamerikanischen Schwesterrepubliken rechnen konnte. Uruguay brachte am 11. Dezember 1952 in den United Nations eine Entschließung ein, in der das Recht jedes Landes auf die Nationalisierung und volle Ausnutzung seiner natürlichen Reichtumsquellen ausgesprochen wurde. Die Entschließung wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen, nur die Vereinigten Staaten stimmten dagegen[27]! Jedoch haben sich auch die Vereinigten Staaten gezwungen gesehen, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. So wenig sie gewillt sind, den wirtschaftlichen Nationalismus der Lateinamerikaner gut-

[25] Alcides Arguedes, El Pueblo Enfermo. Barcelona 1910.

[26] Arciniegas a. a. O., S. 121.

[27] Jorrin a. a. O., S. 1; Time, 20. April 1953, S. 50.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zuheißen, so wichtig ist es für sie auf der anderen Seite, kriegswichtiger Rohstoffe, wie z. B. Zinn, versichert zu sein. Sie haben daher das bolivianische Problem mit großer Vorsicht behandelt. Sollte eine Regierung in Bolivien versuchen, die Nationalisierung rückgängig zu machen, so wäre eine kommunistische Erhebung nicht ausgeschlossen. Unter diesen Umständen haben es die Vereinigten Staaten vorgezogen, trotz des Protestes der enteigneten Kapitalisten Zinn von der bolivianischen Regierung zu kaufen, und haben ihr auch Rat und Hilfe im Kampf gegen die Inflation angeboten. Auch hier, so möchte man zusammenfassend sagen, ist die soziale Demokratie auf dem Marsch. Das Frauenstimmrecht ist eingeführt worden, Bodenreform und Erziehungspläne sind in Vorbereitung. Die Zukunft ist natürlich ein großes Fragezeichen; aber ein neuer Präsident, Hernan Siles Zuazo, hat sein Amt am 6. August 1956 unangefochten antreten können.

Die Republiken Zentralamerikas

Es ist unmöglich, im Rahmen unserer Übersicht allen Staaten Zentralamerikas Genüge zu tun. Wir werden uns auf die Erwähnung der wichtigsten beschränken müssen. CostaRica, das kleine Bergland in der Nähe des Panamakanals, das fast ausschließlich von europäischen Abkömmlingen besiedelt worden ist, hat seine demokratische Entwicklung mit Erfolg fortgesetzt. Der Präsident, José Figueres, hat sich gegen die Ausbeutung durch ausländische Kapitalisten ausgesprochen, aber er weiß zu gut, daß sein Land nur mit den Vereinigten Staaten und nicht gegen sie Fortschritte erzielen kann.

Guatemala hat versucht, den entgegengesetzten Weg zu gehen und ist gescheitert[28]. Auch hier hatte 1944 eine Revolution stattgefunden, die jene so oft erwähnte Mittelgruppe von Studenten, Lehrern, Angestellten und Offizieren zur Macht brachte. Guatemala war und ist in vieler Beziehung ein rückständiges Land, in dem eine kleine Elite den Landbesitz beherrscht, während die große Masse der Bevölkerung aus Indianern besteht, die oft noch in den Lebensformen der Steinzeit vegetieren. Eine neue Verfassung versprach Bodenreform und Schutz der Arbeit[29]. Kommunistische Agitatoren, nach dem Muster von Lenins berufsmäßigen Revolutionären, begannen ihre Maulwurfsarbeit. Sie konzentrierten sich auf zwei neugeschaffene Institute: La Confederación General de Trabajo (den allgemeinen Gewerkschaftsbund) und das Instituto de Seguridad Social (die Sozialversicherung). Der Präsident Jacobo Arbenz, ein Berufssoldat, nahm gegen die großen amerikanischen Gesellschaften in Guatemala Stellung, besonders gegen die United Fruit Company und den Bananenimperialismus. Ihr Landbesitz sollte aufgeteilt werden. Die Einschätzung des Bodenbesitzes von seiten der Regierung wich von der der United Fruit Company um viele Millionen ab. Foster Dulles protestierte gegen die sozialistischen Praktiken Guatemalas auf der panamerikanischen Konferenz in

[28] Department of State, Intervention of International Communism in Guatemala Washington D. C. 1954; Herring a. a. O., S. 440–444.

[29] Gerhard Masur, Foreign Political Ideologies in the Caribbean, Gainesville, Florida 1956, S. 21.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Caracas im März 1954, und es war klar, daß die Vereinigten Staaten nicht gewillt waren, dem Kommunismus einen Brückenkopf in Zentralamerika zu erlauben. Schließlich wurde Arbenz mit der kaum verschleierten Hilfe der Vereinigten Staaten gestürzt. Der Oberst Castillo Armas, der die Rebellion geführt hatte, trat seine Stellung an. Die gefährliche Bodenreform wurde auf Eis gelegt. Inzwischen jedoch ist Castillo Armas selbst ermordet worden, und das Geschick des kleinen Landes hängt wieder in der Waage[30].

Kuba ist in den letzten Jahren zur Szene eines dramatischen Kampfes zwischen autoritären und liberalen Ideen geworden. Hier hatte sich 1952 der General Fulgencia Batista zum zweiten Male der Macht versichert[31]. Er nennt seine Regierung „disziplinierte Demokratie", mit anderen Worten Diktatur mit Beibehaltung repräsentativer Fassade. Bald wurden auch hier die politischen Parteien verboten, aber die Parlamentarier konnten weiterhin ihre Diäten beziehen. Die Presse war überwacht, aber nicht völlig gleichgeschaltet[32]. Batista wandte seine Aufmerksamkeit an erster Stelle den wirtschaftlichen Fragen zu. Die schwierigste war, Absatz für den kubanischen Zucker zu finden, und es gelang Batista, beträchtliche Mengen am Weltmarkt zu günstigen Preisen zu verkaufen. Amerikanische Kapitalien strömten nach Kuba, um den Abbau wichtiger Metalle, z. B. Nickel, zu fördern; die Fremdenindustrie blühte. Batista verstand es auch, die Gewerkschaftsführer für sein Programm des Wohlstandes und der „disziplinierten Demokratie" einzuspannen. Aber die Opposition war nicht tot. Batistas Feinde sandten Propagandamaterial, Geld und Waffen vom Festland. Im Winter 1956 landete eine kleine Schar kubanischer Patrioten unter der Führung von Fidel Castro an der Ostküste und verschanzte sich in den Bergen der Provinz Oriente. Seitdem ist Fidel Castro zum Führer und Symbol der Widerstandsbewegung geworden. Kuba hat eine schleichende Revolution, die von Zeit zu Zeit zu offenem Aufruhr durchbricht. Bisher sind jedoch alle Versuche Castros, Batista durch Gewalt oder einen Generalstreik zu stürzen, fehlgeschlagen.

Wer die Resultate des politischen Zick-Zack-Kurses Lateinamerikas übersieht, müßte zu dem Ergebnis kommen, daß der Ausgang noch völlig unentschieden ist, und es wäre gewagt, einer solchen Meinung zu widersprechen. Andererseits gibt es doch auch Elemente in dem lateinamerikanischen Mosaik, die ein positiveres Urteil erlauben.

Mexiko, Brasilien, Chile und Uruguay

Diese vier Staaten haben in den letzten zehn Jahren einen festen Kurs gesteuert; wir finden in ihrer Geschichte eine beachtenswerte politische Stabilität, wirtschaftliche Entfaltung und soziale Gesetzgebung, zugleich finden wir hier auch ein reiches intellektuelles und kulturelles Leben.

Mexiko hat nach dreißig Jahren blutigster Revolution sein Gleichgewicht ge-

[30] Time, 28. Juni 1954.

[31] Newsweek, 7. März 1952, S. 44; Time, 14. April 1952, S. 39.

[32] Jorrin a. a. O., S. 3.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

funden[33]. Die Verfassung von 1917 mit ihren revolutionären Bestimmungen (Artikel 27 und Artikel 123) ist zum Grundgesetz eines Landes geworden, das eine erstaunliche Renaissance erlebt hat. Das Privateigentum ist anerkannt, aber der Wohlfahrt der Nation untergeordnet, die jene Beschränkungen auferlegen kann, die das öffentliche Interesse verlangen mag.

Die Regierung liegt in den Händen eines Präsidenten, der auf sechs Jahre gewählt wird. In Wahrheit designiert der regierende Präsident seinen Nachfolger, der allerdings auch von dem noch lebenden Expräsidenten gebilligt werden muß. Er wird immer aus den Reihen der Partei kommen, der einzigen, die in Mexiko existiert, der P. R. I., der Partei der revolutionären Institutionen. Eine Landreform hat die schlimmsten Ungerechtigkeiten früherer Jahrhunderte beseitigt, obschon auf diesem Gebiet noch viel zu tun bleibt[34]. Das Petroleum ist 1938 nationalisiert worden und ist heute Staatsmonopol (PEMX). Die Rehabilitierung der Indianer durch Erziehung, Kunst und Philosophie hat Erstaunliches zu Wege gebracht. Die neue Universitätsstadt in Mexiko ist das sichtbare Symbol dieser Bestrebungen. Seit dem zweiten Weltkriege zeigt auch die Kurve der industriellen Produktion eine aufsteigende Linie[35]. Die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten ist eng und fruchtbar für beide Partner. Vergangen sind die Tage der Furcht und der Verachtung, die einst die beiden Nachbarn auseinanderhielt. Vergangen sind auch die Tage, in denen 900 Landbesitzer 90 Prozent des mexikanischen Bodens kontrollierten und Mexikos Politik bestimmten. Eine neue Mittelklasse beherrscht die politische Bühne; das Mestizoelement überwiegt in ihr; wirtschaftlich gesprochen finden wir, daß sie sich aus Revolutionsgewinnlern, Politikern, Industriellen, Kaufleuten, Doktoren, Beamten, Rechtsanwälten und Intellektuellen zusammensetzt. Die geistige Blüte Mexikos während der letzten vierzig Jahre ist eindrucksvoll. Diego Rivera, Orozco, Alfonso Reyes, Vascocellos, dies sind nur einige der Namen, die auf den ersten Blick zu nennen sind. Mexiko darf heute als der geistige Führer Lateinamerikas bezeichnet werden. Seine politische Entwicklung zeigt jene Tendenzen, mit denen wir unsere Betrachtung begonnen haben, in großer Klarheit: Soziale Gesetzgebung, Bodenreform, wirtschaftlicher Nationalismus und den Aufstieg einer neuen Führerschicht. Die mexikanische Revolution war ein Laboratorium, in dem zahllose Lateinamerikaner die Prinzipien politischer Analyse gelernt haben. Man darf hoffen, daß die neue politische Stabilität Mexikos denselben wohltätigen Einfluß ausüben wird[36].

---

[33] Aus der ungeheuren Literatur über die Mexikanische Revolution seien hier nur die folgenden Werke erwähnt: F. Tannenbaum, Peace by Revolution, New York 1933; Charles C. Cumberland, The Mexican Revolution, Austin 1952; H. C. Cline, The United States and Mexico, Cambridge, Mass. 1953; H. B. Parkes, A History of Mexico, Boston 1938.

[34] N. Whetten, Rural Mexico, Chicago 1948.

[35] Time, 14. September 1953, S. 40. Das Motto des letzten Präsidenten Ruiz Cortines ist: Ohne Unterlaß arbeiten.

[36] Anita Brenner, A View of Mexico's political Life and Influences, The Caribbean, Gainesville 1956, S. 292.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Brasilien ist die furchtbare Erfahrung einer blutigen Revolution erspart geblieben. In den dreißiger Jahren, unter dem Einfluß der Weltdepression, hat auch Brasilien seine Diktatur gehabt. Aber Getulio Vargas war weniger ein Faschist als ein Nationalist, der sein Land wieder auf die Füße stellen wollte[37]. Sein Land – wir sollten sagen, seinen Erdteil. Denn es ist ein Erdteil eher denn ein Land im hergebrachten Sinne, und die Aufgabe war ungeheuer. Auch auf Vargas könnte man die Formel nationaler Sozialismus oder sozialer Nationalismus anwenden. Er versuchte seine Mitbürger von der ausschließlichen Abhängigkeit von der Kaffeeproduktion zu befreien, die Industrialisierung zu beschleunigen, das Verkehrssystem zu verbessern usw. Die Sozialgesetzgebung des Vargas-Regimes hätte Brasilien zu dem modernsten Land auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes gemacht, wäre sie je durchgeführt worden. Der Krieg, an dem Brasilien aktiv teilnahm, erleichterte den Bau von Stahlwerken, Elektrizitätsanlagen und Flughäfen, und ließ die Brasilianer die Diktatur vergessen. Aber 1945 brachte das Ende der Vargasherrschaft, und Brasilien kehrte der Diktatur den Rücken.

Neue politische Parteien sprangen ins Leben: eine Arbeiterpartei, eine sozialdemokratische Partei, eine Partei liberaler und demokratischer Union und, in bemerkenswerter Stärke, die kommunistische Partei. Unter einem neuen Präsidenten, General Dutra, wurde die republikanische Verfassung von 1891 überholt, aber ein substanzieller Teil der Vargasschen Sozialgesetzgebung wurde ihr eingegliedert[38].

Auch in Brasilien finden wir den ökonomischen Nationalismus als die stärkste Komponente des zeitgenössischen, politischen Lebens. Die Eisenbahnen sind verstaatlicht worden; an der Ausbeutung des Petroleums können nur Brasilianer teilnehmen; sogar die, die mit Ausländern verheiratet sind, sind von der neuen Gesellschaft ausgeschlossen (Petrobraz).

Vargas, der „Vater des Vaterlandes", wurde 1950 noch einmal zum Präsidenten gewählt. Aber der alternde Mann zeigte sich unfähig, mit Brasiliens größtem Problem, der Inflation, fertig zu werden, und er nahm sich schließlich in einem melodramatischen coup de théatre das Leben („Dem Haß meiner Feinde überlasse ich die Erbschaft meines Todes"). Sein Nachfolger ist heute ein Doktor, Juscelino Kubitschek, ein Abkomme böhmischer Einwanderer, auch das ein charakteristischer Wandel in dem aristokratischen und traditionsbewußten Brasilien. Er hat seinem Lande drei Dinge versprochen: Elektrizität, Verkehrswesen und Nahrungsmittel. Sein Regierungsprogramm war unideologisch, praktisch und auf die nächstliegenden Aufgaben beschränkt[39]. Zwei Jahre sind seit seiner Amtsübernahme vergangen. Brasilien ist unter ihm seinen eigenen, friedlichen Weg gegangen. Ein Volk von fast 60 Millionen bietet der Welt das erstaunliche Beispiel einer Demokratie, in der Weiße, Neger und Indianer sich gegenseitig anerkennen. Seine großen

---

[37] Karl Loewenstein, Brazil under Vargas, New York 1942.

[38] T. Lynn Smith and Alexander Marchant, Brazil, 1951; British Survey, Brazil, Bd. 9, Nr. 17, Oktober 1948; S. 7.

[39] Time, 6. September 1954, S. 28; 13. Februar 1956, S. 29.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Städte, Rio de Janeiro, Sao Paolo, Bello Horizonte, um nur einige zu erwähnen, gehören zu den schönsten der Welt. Brasiliens Architekten, Lucio Costa, Niemeyer, Reidy haben stupende Proben schöpferischer Modernität gegeben. „Brazilian architecture already has a feeling of its own[40]."

Es bleibt uns noch, kurz von Chile und Uruguay zu sprechen. Chile hat sich seit 1830 langsam zu konstitutionellen Formen durchgerungen. Für viele Jahre jedoch war auch die chilenische Republik eine Klassenherrschaft: „of the creoles, for the creoles and by the creoles", um Lincolns berühmten Satz zu variieren[41]. Vier Straßenviertel in Santiago beherrschten die Nation. Seit 1890 haben sich dann auch hier demokratische Ideen durchgesetzt.

Der gegenwärtige Präsident, Carlos Ibañez, hat eine faschistische Vergangenheit; er hat mit den Nazis und mit Peron geflirtet, solange er sich etwas davon versprach. Aber auch in Chile sind die dringlichsten Probleme nicht politischer, sondern wirtschaftlicher Natur. Die chilenische Demokratie ist fest genug begründet; in den hundertundzwanzig Jahren seiner Unabhängigkeit hat Chile nur zwei Verfassungen gehabt und kaum je eine Diktatur[42]. Aber die ökonomischen Schwierigkeiten, die das Land bedrängen, sind zahlreich und erlauben keine Patentlösung. Inflation ist wohl das schwerste seiner Probleme. Dazu kommen fallende Kupferpreise am Weltmarkt. Chile hat die zweitgrößte Kupferproduktion der Erde. Trotz einer komplizierten Sozialgesetzgebung sind die Löhne niedrig, ist die Kindersterblichkeit hoch und die kommunistische Partei einflußreich. Ibañez hat die Nationalisierung der Kupfer- und Kohlenbergwerke versprochen und sogar gedroht, Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion aufzunehmen. Aber der amerikanische Einfluß, besonders in der Kupferproduktion, ist sehr stark (Anaconda, Guggenheim), und bisher ist nichts Durchgreifendes beschlossen worden.

Wir kommen zu Uruguay, das man die Schweiz Südamerikas genannt hat[43]. Uruguay in seiner jetzigen Form ist die Schöpfung eines kühnen und in vieler Hinsicht utopischen Mannes, José Battle[44]. Ihm stand ein sozialistischer Wohlfahrtsstaat vor Augen: Freiheit der Presse, allgemeines Wahlrecht, Erziehung auf Kosten des Staates, Arbeiterschutz, Achtstundentag und Ausschluß des fremden wirtschaftlichen Imperialismus. Seine Ideen wurden Wirklichkeit. Uruguay ist heute das Modell des Welfarestate. Die Arbeiter haben die 44-Stunden-Woche und ein allumfassendes Pensionssystem. Von einer Bevölkerung von 3 000 000 leben 150 000 auf Kosten der Staatskasse. Uruguay hat sich absolut von dem caudillo-Prinzip abgewandt. Seine Verfassung folgt dem Muster der Schweiz. Ein Verwaltungsrat ist die höchste Autorität, dessen Vorsitz jedes Jahr von einem anderen Mitglied ausgeübt wird. Die beiden großen Parteien des Landes sind in dem Rat vertreten. Auch

---

[40] So Lucio Costa in Atlantic Monthly, Februar 1956, Perspective of Brazil, S. 139.

[41] Kreolen ist der Name für die alte spanische Aristokratie.

[42] Herring a. a. O., S. 572.

[43] Russel H. Fitzgibbon, Uruguay, Portrait of a Democracy, New Jersey 1954.

[44] Simon G. Hanson, Utopia in Uruguay, New York 1938; Herring a. a. O., S. 665.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf dem Gebiet der internationalen Politik hat sich Uruguay vorbehaltlos für Weltfrieden und internationales Recht ausgesprochen[45].

Wir brechen unsere Übersicht hier ab. Ohne in die Gefahr oberflächlicher Verallgemeinerungen verfallen zu wollen, darf man eine Anzahl von Tendenzen feststellen, die sich in den letzten 25 Jahren in Lateinamerika herauskristallisiert haben.

Lateinamerika ist heute in der zweiten und, so möchte man glauben, endgültigen Etappe seiner Unabhängigkeitsbewegung. 130 Jahre nach dem Kampf für die politische Unabhängigkeit geht der Kampf um die wirtschaftliche Unabhängigkeit noch weiter. Seine Geschichte in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts ist ein Kapitel in der großen Strömung des „Antikolonialismus", der unsere Zeit erfüllt.

Lateinamerikas Ökonomie ist noch immer „an economy of extraction". Es lebt von dem Reichtum seiner Felder, seiner Berge, seiner Wälder. Solange der Ertrag dieser Ausbeutung nicht zu gleichen Teilen den Lateinamerikanern und ihren Abnehmern zugutekommt, wird die Unzufriedenheit und die Unruhe anhalten[46].

Die Industrialisierung hat Fortschritte gemacht, ja eine wahre „mystique industrielle" hat hier und da Platz gegriffen, die oft zu überstürzten Experimenten geführt hat. Mit der Industrialisierung ist auch die Technisierung in das Leben gekommen, und viel von dem ursprünglichen Zauber Lateinamerikas ist im Schwinden begriffen. Die Verstädterung des Daseins hat sich hier so unaufhaltsam gezeigt wie in Europa oder Nordamerika. Von den alten Institutionen der Kolonialzeit und des 19. Jahrhunderts sind die Latifundienwirtschaft, die Armee und die Kirche noch am Leben, aber unzweifelhaft sind sie in die Defensive gedrängt. Eine neue Mittelgruppe hat sich erhoben. Ihr Banner ist der wirtschaftliche Nationalismus mit sozialistischen Akzenten. In seinem Namen sind die natürlichen Reichtumsquellen Lateinamerikas in manchen Ländern verstaatlicht worden. Diese neue Mittelgruppe hat in vielen Republiken den Frauen das Stimmrecht gegeben, sie versteht die Notwendigkeit, das kulturelle Niveau der Massen zu heben und ihnen wirtschaftliche und soziale Sicherheit zu geben.

Eine weitgehende Säkularisierung der Lebensanschauungen ist im Gange, die man an der veränderten Stellung der Frau und an dem Wandel im Eherecht ablesen kann.

In den letzten drei Jahren sind viele der lateinamerikanischen Diktatoren zu Fall gekommen. Nur in wenigen Staaten, wie St. Domingo und Paraguay, erhalten sich die alten Machthaber unangefochten. Aber es scheint verfrüht, dies als ein bleibendes Ergebnis anzusprechen. Der Begriff des „good government" wird in Lateinamerika anders verstanden und anders interpretiert als in den angelsächsischen Ländern. Der starke Staat, besonders die starke Exekutivgewalt, hat nichts

[45] Fitzgibbon a. a. O., S. 166; Time, 9. September 1957.

[46] S. Masur, Democracy in Ecplise, a. a. O. S. 545.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Befremdliches für den Lateinamerikaner. Selbst wenn die Zeit der „caudillos" vorüber sein sollte, so wird die Demokratie hier eine andere Färbung haben als im europäischen Westen oder in Nordamerika.

Das führt zu einer letzten Frage, der nach den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Lateinamerika, die naturgemäß schicksalhaft für beide ist und sein wird. Wie der Besuch Richard Nixons in Südamerika gezeigt hat, sind diese Beziehungen heute in einem kritischen Stadium. Die Angriffe, denen sich der Vizepräsident der Vereinigten Staaten ausgesetzt sah, sowohl in Buenos Aires wie in Lima und Caracas, haben in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten Erstaunen und Unwillen ausgelöst. Das letztere ist verständlich, das erstere scheint naiv. Mit vielen Beobachtern der lateinamerikanischen Welt habe ich seit langem gewußt und vorhergesagt, daß eine solche Explosion im Werden sei[47].

In der Zeit F. D. Roosevelts und seiner Staatssekretäre Hull und Sumner Welles war die Politik des guten Nachbarn einer der stärksten Pfeile im Köcher der amerikanischen Außenpolitik[48]. Unter der Good Neighbor Policy wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Nord und Süd nicht nur normalisiert, sondern gepflegt. Es war eine Periode des Vertrauens und des guten Willens auf beiden Seiten, der Konzessionen und des Verständnisses. Diese Politik trug im zweiten Weltkrieg Früchte und brachte ein Gefühl der Solidarität hervor, wie die Teile Amerikas es bisher nicht gekannt hatten.

Aber seit 1945 haben die Vereinigten Staaten Lateinamerika vernachlässigt, und aus einem guten wurde ein gleichgültiger Nachbar. Trotz der Tatsache, daß Nordamerika und Lateinamerika wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind, und daß ihr Handel 3,5 Mrd. Dollars auf jeder Seite beträgt, verkannte man in Washington die Bedeutung der lateinischen Hälfte der Hemisphäre. Der größte Teil der finanziellen Hilfe, die die Vereinigten Staaten gewährten, floß nach Europa oder dem Nahen und Fernen Osten, während Lateinamerika mit Almosen abgespeist wurde. Europa erhielt 18,8 Milliarden Dollars, Asien 4,3, Lateinamerika nur 2,9 Milliarden Dollars. In diesem Jahre hat der Kongreß nur 100 Millionen für Lateinamerika bewilligt[49]. Die kulturelle Zusammenarbeit schrumpfte auf ein Minimum zusammen. Die Vereinigten Staaten sahen Lateinamerika „primarily in terms of the defense of the hemisphere, as an appendage militarily, and as a source of irreplaceable strategic material"[50]. Der Vertrag für die gemeinsame Verteidigung der westlichen Welt, der 1947 in Rio de Janeiro unterzeichnet worden war, schien diese beiden Ziele zu garantieren.

Aber solche Gesichtspunkte sind den Lateinamerikanern zutiefst unsympathisch. Sie wollen um ihrer selbst willen anerkannt werden. Die panamerikanische Union

---

[47] S. meine Aufsätze, Neighbors to the South, Richmond Times Dispatch, 5. April 1953, und The State of Latin America, The Virginia Quarterly, Winter 1953, S. 134–142; s. auch Johnson a. a. O.

[48] Laurence Duggan, The Americas, New York 1949.

[49] Time, 26. Mai 1958, S. 37.

[50] Johnson a. a. O.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ist 1948 in die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) umgewandelt worden. Die OAS ist nicht mehr das gefügige Werkzeug, das die Pan-American Union so oft gewesen ist; sie hat aufgehört, das „amerikanische Kolonialministerium" zu sein, als das die lateinamerikanischen Diplomaten sie oft angesprochen haben. Der Generalsekretär ist heute ein Lateinamerikaner, und die Organisation repräsentiert beide Hälften der Hemisphäre. Auch die Bedeutung dieser Tatsache ist in Washington unterschätzt worden. Dulles z. B. war für lateinamerikanische Diplomaten fast nie zu sprechen und hat der OAS nur dann Aufmerksamkeit geschenkt, wenn er sie für seinen Kampf gegen den Kommunismus benützen wollte, wie im Falle Guatemalas. Das Ergebnis von alledem war, daß der Antiamerikanismus auch in Südamerika wieder aufflammte. Unzweifelhaft ist die Schuld nicht nur auf einer Seite zu suchen. Die Vereinigten Staaten sind zum Sündenbock für wirtschaftliche Schwierigkeiten und soziale Mißstände gemacht worden, die die Lateinamerikaner sich selbst zuzuschreiben haben. Nationalistische und kommunistische Demagogen benutzen die Minderwertigkeitskomplexe der enterbten Bevölkerungsschichten, um die Wasser zu trüben. Aber all das kann die Tatsache nicht verschleiern, daß die Vereinigten Staaten auf den guten Willen der Lateinamerikaner angewiesen sind, und daß ihnen nichts weniger willkommen sein kann, als eine neutralistische oder gar kommunistische Stimmung „in their own backyard". Die Vereinigten Staaten haben wieder einmal einsehen müssen, daß Weltmacht Weltverantwortung einschließt, und daß Unterlassungssünden schwer wiedergutzumachen sind.

Nixon hat dies nach seiner Rückkehr freimütig zugegeben. Wenn nicht alles täuscht, so stehen wir auch auf diesem Gebiet vor einer Revision der amerikanischen Außenpolitik. 1953 sandte Präsident Eisenhower seinen Bruder Milton nach Südamerika, um die eingeschlafene Politik des guten Nachbarn wieder zu beleben. Sein Bericht ist ein eindrucksvolles Dokument, aber ihm wurde keine Beachtung geschenkt[51]. Heute spricht man wieder davon, Milton Eisenhower auf eine „Good Will Tour" zu schicken. Man kann nur hoffen, daß „the agonizing reappraisal" nicht allzu lange auf sich warten lassen wird, und daß es nicht den Fluch so vieler verspäteten Einsichten tragen wird, nämlich, „too little and too late".

[51] Milton Eisenhower, Report to the President, United States Latin-American Relations, Washington 1953.

Ich möchte es nicht unterlassen, meinen Studenten in Sweet Briar College, die mir bei der Vorbereitung dieses Aufsatzes geholfen haben, meinen aufrichtigen Dank auszusprechen.

Jahrgang 7 (1959), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte